

Notwendigkeit für mehr Fairness im Rentensystem

Das moldauische Sozialsystem sieht sich, wie viele andere Länder, mit einer alternden Bevölkerung konfrontiert. Folglich ist es von großer Wichtigkeit, dass das Sozialsystem in der Lage ist, effektiv sowohl Einkommenssicherung als auch Armutsbekämpfung zu betreiben. Die Statistiken zeigen dabei, dass die absolute Armut in der älteren Bevölkerungsschicht mittlerweile recht niedrig ausfällt. Allerdings hat ein großer Teil der Rentner sehr geringe Einkommen und ist damit nahe der Armutsgrenze. Damit schafft es die soziale Sicherung, Armut zwar zu verhindern, sie stellt aber keinen hinreichenden Lohnersatz im Alter sicher. In der Tat bietet das derzeitige System kaum Anreize, Sozialbeiträge über das Erreichen des Rentenminimums hinaus zu leisten. Die Regierung zahlt an alle Rentner mit niedrigen Bezügen sogar noch Sonderzulagen, was diese Anreizproblematik noch weiter verschärft. Um solche Ungerechtigkeiten auszuräumen und bessere Anreize zu schaffen, sollte die Regierung das System klar in Sozialhilfe (Armutsbekämpfung) und Sozialversicherung („man bekommt wofür man eingezahlt hat“) unterteilen.

Hintergrund

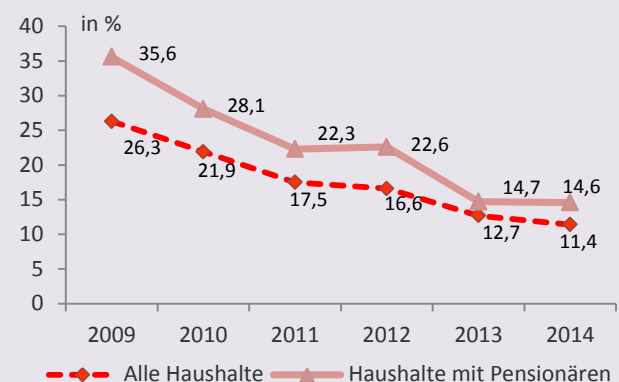
Wie in vielen anderen Ländern altert auch in Moldau die Bevölkerung zunehmend. Das erhöht die Notwendigkeit eines nachhaltigen und ausreichenden Sozialversicherungssystems für ältere Bürger welches zwei Politikziele erfüllen sollte: Erstens die Einkommenssicherung, sodass nach Eintritt in das Rentenalter die Höhe der Rentenbezüge einen hinreichenden Anteil des ursprünglichen Einkommens ersetzt. Zweitens sollte das Sozialversicherungssystem all jenen im Rentenalter, die kein ausreichendes Einkommen aus anderen Quellen vorweisen können, ein Einkommen sichern, welches hoch genug ist, um den Grundbedarf zu decken und Armut zu verhindern.

Altersarmut im derzeitigen Rentensystem

Gemessen an diesen beiden Zielsetzungen zeigt sich, dass das moldauische Sozialsystem bereits recht erfolgreich darin ist, die Armut in der Bevölkerung zu bekämpfen. Die absolute Altersarmut ist (nach der offiziellen Definition) seit 2009 kontinuierlich gefallen, sodass in 2014 nur ca. 15% aller Rentnerhaushalte unterhalb der Armutsgrenze lebten. Dieser Anteil ist nur geringfügig höher als der Anteil bei den durchschnittlichen Haushalten und ist vergleichbar mit den Armutsquoten anderer GUS Staaten. Aber auch wenn wirkliche Armut sich in Grenzen hält, gibt es mittlerweile einen deutlich größeren Anteil der Bevölkerung im Rentenalter, der mit einem durchschnittlichen

Monatseinkommen (Rentenbezüge, Löhne, Rücküberweisungen etc.) pro Kopf von 1.480 MDL (75 USD) beinahe arm ist, d.h. nur sehr knapp über der Armutsgrenze lebt. Während die Verhinderung von Armut also schon recht effektiv umgesetzt wird, zeigt sich die Einkommenssicherung bzw. der Lohnersatz bisher nur wenig erfolgreich.

Anteil Bevölkerung unterhalb der absoluten Armutsgrenze



Quelle: National Institute for Economic Research Moldova

Existierende soziale Sicherungsmaßnahmen

Die Ursache liegt im Aufbau des derzeitigen Sozialsystems, in der es keine klare Trennung zwischen Sozialversicherung und Sozialhilfe gibt. So wird zum Beispiel eine *Mindestrente* in Höhe von ca. 860 MDL an alle ausgeschüttet, die das Rentenalter erreicht haben und 30 Jahre Beschäftigung nachweisen können. Dabei ist die Mindestrente vollkommen unabhängig von den im Rahmen der Beschäftigung geleisteten Sozialabgaben und hat eher den Charakter einer Sozialhilfe.

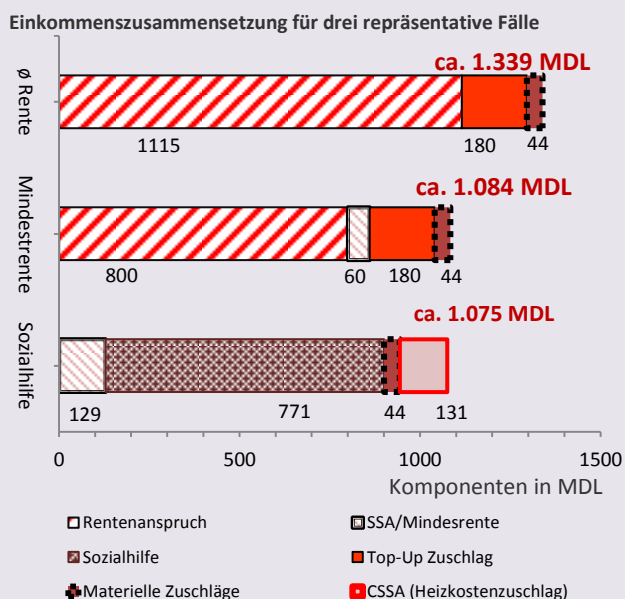
Da die durchschnittliche monatliche Rente mit 1.115 MDL in 2015 nur unwesentlich höher war, besteht kein Anreiz, weiter Rentenabgaben zu zahlen, sobald 30 Jahre Beitragszeit erreicht wurden. Das ist unfair gegenüber denen die lange ins System eingezahlt haben und führt dazu, dass immer weniger Arbeitnehmer bereit sind Beiträge zu zahlen.

Weiterhin führte die Regierung in 2014 einen monatlichen Sonderzuschlag von 180 MDL für alle Renten ein, die unter 1.500 MDL liegen. Was als Unterstützung für niedrige Renten gedacht war, reduziert zusätzlich den Anreiz ins Rentensystem einzuzahlen, sobald ein Rentenanspruch von knapp unter 1.500 MDL erreicht ist.

Diese inhärente Ungerechtigkeit und Anreizproblematik wird bei genauerer Betrachtung der Einkommensunterschiede zwischen einem Sozialhilfeempfänger,

dem Empfänger einer Mindestrente und dem Durchschnittsrentner noch deutlicher. Diese Betrachtung zeigt, dass es zwischen diesen drei Fällen nur sehr geringe Einkommensunterschiede gibt. Kurz um, Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen, lohnt sich einfach nicht.

Zusätzlich verkompliziert eine große Anzahl unterschiedlicher, kleinteiliger Sozialmaßnahmen, die im Rentenalter greifen können, das System. Das überrascht nicht. Da Rentner die wichtigste Wählergruppe bilden, haben die an sie gerichteten „Wahlgeschenke“ zu diesem Flickenteppich an Maßnahmen geführt.



Quelle: Eigene Analyse auf Basis des Household Budget Survey

Politikempfehlungen

Aus den Mängeln des derzeitigen (Renten-)Systems folgt eine eindeutige Reformstrategie: Die Regierung sollte für eine klare Trennung zwischen Sozialversicherung und Sozialhilfe sorgen und so konsequent zwischen Einkommenssicherung und Armutsprävention differenzieren. Dafür sollte die derzeitige Mindestrente bedarfsorientiert in das allgemeine Sozialhilfesystem integriert werden. Nur diejenigen, die das Rentenalter erreicht haben und nicht eigenständig für ihren Grundbedarf aufkommen können, sollten zusätzlich Einkommenszuschüsse – in Form finanzieller Unterstützung – erhalten. Dafür muss die Regierung sicherstellen, dass das garantierte Mindesteinkommen über die Zeit stetig angepasst wird.

Die Integration der Mindestrente in das Sozialhilfesystem sollte zu Einsparungen führen, die der eigentlichen Rentenversicherung zukommen sollten. Diese Gelder sollten direkt in den Rentenfond einfließen, um so die Lohnersatzquote für (reguläre) Rentner zu er-

höhen. Des Weiteren sollte der derzeitige Sonderzuschlag abgeschafft werden und die daraus verfügbaren Mittel sollten ebenfalls allen Rentnern zukommen, die durch ihre Beitragszahlungen eine normale Rente erwirtschaftet haben. Schließlich könnte die Regierung eine durch den Staatshaushalt finanzierte Grundsicherung (bzw. Grundrente) einführen, die folglich die durchschnittlichen Rentenbezüge aller regulären, durch entsprechende Beitragszahlungen qualifizierten, Rentner erhöhen würde.

Fazit

Die Verbesserung der sozialen Sicherung im Alter benötigt keine große, allumfassende Reform. Vielmehr bedarf es einigen kleineren Anpassungen und Maßnahmen, um unserer Strategie einer klaren Trennung zwischen Sozialhilfe und Sozialversicherung zu folgen. Das sollte sich als beliebt in der Bevölkerung erweisen, da dort die Ansicht weit verbreitet ist, dass das derzeitige System unfair ist. Tatsächlich würde die Umsetzung der genannten Maßnahmen das jetzige System deutlich fairer gestalten. Jene, die kontinuierlich ihre Sozialabgaben geleistet haben, würden auch dafür belohnt und somit bestünde ein deutlich größerer Anreiz, Sozialabgaben zu leisten. Gleichzeitig hätte die Regierung aber auch ein effektives Instrument um Armut bei den wirklich Bedürftigen vorzubeugen.

Autoren

Jörg Radeke, radeke@berlin-economics.com
 Katharina Kolb, kolb@berlin-economics.com

Hinweis: Eine ausführliche Behandlung der Thematik bietet das Policy Briefing PB/02/2016 "Providing social security for the elderly"

Download unter: www.get-moldau.de

German Economic Team Moldau (GET Moldau)

GET Moldau führt seit 2010 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit Entscheidungsträgern der moldauischen Regierung. Es wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Jörg Radeke

Impressum

German Economic Team Moldau
 c/o Berlin Economics
 Schillerstraße 59
 D-10627 Berlin
 Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
 Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
 info@get-moldau.de
 www.get-moldau.de